

# Änderungsantrag zum Antrag des Bezirksvorstands “Neukölln 2026: Gemeinsam sind wir stark! Wahlstrategie Die Linke Neukölln für die Wahl 2026”

Antragssteller\*innen: Sprecher\*innen-Team BO Sonne

## Die MVV der Linke Neukölln möge beschließen:

- 1) ÄA füge ein ab 80

Die Krise des Kapitalismus zeigt sich auch in Berlin:

- 2) ÄA ersetze Absatz ab 103 bis 111 wie folgt:

Bisheriger Wortlaut:

Daher ist für uns klar: Nicht regieren, sondern verändern ist unser Ziel. Die Beteiligung an einer Regierung auf Landesebene ist für uns nur dann vorstellbar, wenn wir hier grundlegende Veränderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen verbessern: Die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen, die Bereitstellung von ausreichend Geldern für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge, einen Stopp aller Abschiebungen, Grundrechtseinschränkungen, der eskalierenden repressiven Politik und Militarisierung des Öffentlichen, gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen und ein freies Tempelhofer Feld. Das sind unsere roten Linien.

Wird geändert durch (in rot):

Neue Überschrift:

Klare Haltelinien und Mindestbedingungen als Grundlage glaubwürdiger sozialistischer Politik

Text:

Daher ist für uns auch klar: Nicht regieren, sondern verändern ist unser Ziel. **Eigene Gesetzgebungskompetenzen bestehen auf Landesebene vor allem in Bereichen wie Bildung, Kultur, Polizei, Kommunalwesen und Hochschulen, teilweise auch im Bau-, Umwelt- und Versammlungsrecht. Doch auch hier sind die Länder von finanziellen Mitteln abhängig, deren Umfang im Kern durch die Steuerpolitik des Bundes festgelegt werden. Angesichts der Haushaltslage in Berlin und der Kompetenzen auf Landesebene sehen wir keine Spielräume für eine nachhaltige linke Strategie, die unsere soziale Infrastruktur sichert und die dringenden Zukunftsinvestitionen für alle Menschen in der Stadt finanzieren kann. Eine Linke, die ernst genommen werden will, darf nicht zum Verwalter von Kürzungen werden und damit ihre eigene Handlungsfähigkeit kapitalistischen Sachzwängen opfern. Will die Linke eine echte Alternative zu den etablierten Parteien und der AfD bleiben, muss sie zu einer glaubwürdigen Kraft des gesellschaftlichen Protests werden.**

Die letzten Regierungsbeteiligungen der Linken auf Berliner Ebene endeten für die Partei aber immer in einem politischen Debakel: massive Verluste bei den Wähler\*innenstimmen und ein nachhaltiger Schaden für die Glaubwürdigkeit.

Trotzdem setzt Teil der Wähler\*innen der Linken ihre Hoffnungen auf eine Koalition bzw. ein Bündnis der „linken“ Parteien. Gleichzeitig verbinden sie mit der Wahl der Linken die Erwartung eines echten Politikwechsels.

Um deutlich zu machen, dass die Linke einen Politikwechsel anstrebt, Regieren aber kein Selbstzweck ist, hat die Partei im Erfurter Programm die sogenannten „roten Haltelinien“ entwickelt. Dort heißt es: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt werden wir uns nicht beteiligen.“ Als Neuköllner Bezirksverband unterstützen wir dieses Herangehen.

Zusätzlich zu diesen „roten Haltelinien“ formulieren wir auch öffentlich Mindestbedingungen in Berlin, damit unsere Haltung und unsere Vorbehalte gegenüber einer Regierungsbeteiligung für unsere Wähler\*innen verständlich und transparent bleiben: Die Beteiligung an einer Regierung auf Landesebene ist für uns nur dann vorstellbar, wenn wir hier Veränderungen durchsetzen können, die das Leben der Menschen grundlegend verbessern: Die Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen, die Bereitstellung von ausreichend Geldern für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge **und den Stopp aller Kürzungen**, einen Stopp aller Abschiebungen, Grundrechtseinschränkungen, der eskalierenden repressiven Politik und Militarisierung des Öffentlichen, gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen und ein freies Tempelhofer Feld.

Haltelinien und Mindestbedingungen dienen dazu, die zentralen politischen Prinzipien der Linken klar zu benennen und öffentlich zu kommunizieren. Sie markieren die Punkte, an denen Kompromisse enden, und machen deutlich, wofür wir als Partei – auch aus der Opposition heraus – und gemeinsam mit Bewegungen kämpfen werden. Wenn Koalitionsverhandlungen an diesen Haltelinien und Mindestbedingungen scheitern, liegt die Verantwortung dafür bei den potenziellen Koalitionspartner\*innen, nicht bei der Linken. Denn wir sagen: Lieber richtig in die Opposition, als falsch in die Regierung.

Gleichzeitig sind wir uns in Neukölln bewusst: Haltelinien und Mindestbedingungen sind nur dann wirksam, wenn sie auch konsequent angewendet werden. In den bisherigen Landesregierungen, etwa in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen oder Thüringen, spielten sie kaum oder gar keine Rolle – mit spürbar negativen Folgen für Glaubwürdigkeit und das Profil der Linken. Für unsere Wahlstrategien ist daher essentiell, dass Haltelinien und Mindestbedingungen nicht nur formuliert, sondern auch politisch durchgesetzt werden.

Wir erwarten von unseren Kandidat\*innen und Abgeordneten diese Beschlüsse der Neuköllner Mitgliederversammlung zu Haltelinien und Mindestbedingungen in möglichen Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen aktiv nach innen und außen zu vertreten.

### 3) ÄA ersetze Absatz von 174 bis 193

Bisheriger Wortlaut:

Wahlkampfschwerpunkte und entscheidende Themen

Im Wahlkampf wollen wir als Schwerpunkt-Themen bezahlbare Mieten/Enteignung, Widerstand gegen sozialen Kahlschlag/Daseinsvorsorge für alle und den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen fokussieren, die viele Neuköllner\*innen in ihrem Alltag betreffen und verbindend wirken. Diese Schwerpunkte und dazugehörigen Positionen werden jeweils mit konkreten, griffigen und für Neuköllner\*innen relevante Forderungen und Kampagnenaktivitäten unterlegt, wie Mieter\*innenorganizing und Aktionen mit DW enteignen, die Unterstützung von betrieblichen Auseinandersetzungen, beispielsweise um die Wiedereingliederung der Vivantes-Töchter am Klinikum Neukölln, oder Vernetzungstreffen und gemeinsame Veranstaltungen mit kürzungsbedrohten Einrichtungen und deren Nutzer\*innen. Im Wahlkampf sind auch die entscheidenden Themen Palästinasolidarität, Antimilitarismus und Antifaschismus durchgehend präsent. Hier positionieren wir uns klar, kämpfen mit und stärken die Bewegungen und integrieren ihre Forderungen planvoll in den Wahlkampf, zum Beispiel durch solidarische Kiezevents, Mobilisierungen zu Antikriegsdemos, Unterschriftenkampagnen oder Anti-AfD-Aktionen.

Wird geändert durch:

#### Unsere Wahlkampfschwerpunkte

Im Wahlkampf wollen wir wichtige Themenschwerpunkte wie bezahlbare Mieten/Enteignung, Widerstand gegen sozialen Kahlschlag/Daseinsvorsorge für alle, die Solidarität mit Palästina, der Widerstand gegen Aufrüstung und Militarisierung, Antifaschismus, sowie den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen adressieren. Alle Themen betreffen die Neuköllner\*innen in ihrem Alltag und wirken verbindend. Diese Themen und die dazugehörigen Positionen werden jeweils mit konkreten, griffigen und für die Neuköllner\*innen relevanten Forderungen und Kampagnenaktivitäten unterlegt. Diese können z.B. beinhalten: Mieter\*innenorganizing und Aktionen mit DW-Enteignen, die Unterstützung von betrieblichen Auseinandersetzungen, beispielsweise um die Wiedereingliederung der Vivantes-Töchter am Klinikum Neukölln, Demonstrationen gegen die Kürzungen in Berlin, Vernetzungstreffen und gemeinsame Veranstaltungen mit kürzungsbedrohten Einrichtungen, deren Nutzer\*innen und solidarischen Nachbar\*innen, Protestaktionen gegen die Wehrpflicht bspw. mit Neuköllner Jugendeinrichtungen oder Jugendorganisationen, Mobilisierungen zu Antikriegsdemos, gemeinsame antirassistische Aktionen mit Neuköllner Moscheen und muslimischen Vereinen, Anti-AfD-Aktionen oder Aktionen und Proteste in Solidarität mit Palästina. Wir positionieren uns klar, kämpfen mit und stärken die Bewegungen: Wir machen ihre Forderungen zum integralen Bestandteil der Neuköllner Wahlkampagne.

Im Wahlkampf verbinden wir diese Themen, wo möglich, und stärken Solidaritätsarbeit - denn verbindende Klassenpolitik ist auch im Wahlkampf ein Gewinner: "Neukölln 2026: Nur gemeinsam sind wir stark!" Gleichzeitig zeigt uns der Bundestagswahlkampf 2025, dass wir bei aller Planung auch flexibel auf politische Ereignisse reagieren müssen. Antifaschismus

war nicht als Wahlkampfthema vorgesehen, wurde es dann aber trotzdem. So kann es sein, dass auch die Klimakrise wieder Thema wird, obwohl wir sie zur Zeit in der Wahlkampf-Themenplanung aussparen und nur vermittelt über Forderungen zum Tempelhofer-Feld ansprechen.

4) ÄA Absatz ab 205 bis 209 ersetzen durch

Bisheriger Wortlaut:

Um Gegenmacht aufzubauen, braucht es ein Gegenarrativ zur herrschenden Erzählung über Neukölln. Das setzen wir mit unserer Kampagne: Wegner, Hikel und seine rechte SPD bedienen die Interessen der Reichen und reden die Neuköllner\*innen schlecht — als faule Arbeitslose, “Clan”-Kriminelle, Antisemit\*innen oder Terrorist\*innen

Wird geändert durch:

Um Gegenmacht aufzubauen, braucht es Klassenkampf. Eine gute Wahlkampfkommunikation knüpft daran an und baut ein Gegenarrativ zur herrschenden Erzählung über Neukölln auf. Das setzen wir mit unserer Kampagne: **Der Kapitalismus ist das Problem. Egal welche Partei regiert hat, es wurde nicht besser für die Vielen in Neukölln. Ebenso** unter Wegner, Hikel und seiner rechten SPD. Sie bedienen die Interessen der Reichen und reden die Neuköllner\*innen schlecht — als faule Arbeitslose, “Clan”-Kriminelle, Antisemit\*innen oder Terrorist\*innen. **Doch wir lassen uns weder einschüchtern, noch spalten. Neukölln steht solidarisch zusammen.**

5) ÄÄ 218 ersetze die durch eine

Neukölln ist **eine** Herzkammer des Widerstands.

6) ÄA einfügen nach 237

Wir kommunizieren öffentlich und klar unsere rote Haltelinien und Mindestbedingungen und sprechen offen über die Probleme vergangener Regierungsbeteiligungen der Linken. Wir machen im Wahlkampf damit deutlich, dass wir lieber richtig in die Opposition gehen, als falsch in die Regierung.

7) ÄA einfügen nach 270

Im Bezirk mit der größten palästinensischen Community Europas, sehen wir eine besondere Wichtigkeit darin, die Palästinasolidarität im Wahlkampf sichtbar zumachen: Wir stehen an der Seite aller, die für Gerechtigkeit, gleiche Rechte und Selbstbestimmung kämpfen – gegen Apartheid, Besatzung, ethnische Säuberung und Völkermord.

8) ÄA einfügen nach 277

Der Wahlstab ist dem Bezirksvorstand rechenschaftspflichtig und untersteht dessen Weisungsbefugnis. Er stellt durch regelmäßige Rückkopplungstreffen sicher, dass die Basisorganisationen und der Vorstand fortlaufend über den Stand der Planungen informiert

werden und ihre Rückmeldungen in die weitere Ausarbeitung der Wahlkampagne einfließen  
- so dass die Vision einer aktiven Mitgliederpartei auch im Wahlkampf spürbar wird.

9) ÄA ersetze nach 295

Bisheriger Wortlaut:

Der Wahlkampf wird von einer ambitionierten Social Media-Kampagne auf der Basis des Kampagnen-Narativs mit emotional starken Kernbotschaften begleitet. Dazu richtet der Vorstand ein Social Media-Team ein und wir produzieren eigene, professionelle Videos zu unseren zentralen Themen und mit unseren Kandidierenden.

Wird geändert durch:

Der Wahlkampf wird von einer Social Media-Kampagne auf der Basis der Beschlüsse der Mitgliederversammlungen mit emotional starken Botschaften begleitet. Das in Gründung befindliche Social Media-Team wird damit beauftragt, ein Konzept zu erstellen, um eigene, professionelle Videos sowie SharePics zu unseren Schwerpunktthemen und mit unseren Kandidierenden zu produzieren.